

Die französischen *universités*

Zentralistische Tendenzen in der jüngeren Entwicklung

Holger Jahnke

Das französische Hochschulwesen wird noch heute von der napoleonischen *Université impériale* geprägt; diese der zentralistischen französischen Staatsidee entsprechende Struktur wird aber durch ein regionales Verwaltungssystem der *académies* ergänzt. Dem Hochschulausbau in den 70er Jahren, der vor allem den Studienplatzbedarf befriedigen sollte, folgt nun ein Ausbau unter dem Schlagwort *Université 2000*. Mit diesem Leitplan sollen einerseits das Engagement (einschließlich einer finanziellen Beteiligung) der Regionen und damit bisher bildungspolitisch benachteiligte, periphere Gebiete gefördert werden, andererseits gehört hierzu auch ein neues Autonomie-Konzept für die Hochschulen.

Anhand des überregionalen studentischen Aufkommens der Pariser Universitäten wird der Vermutung nachgegangen, daß ein ursprünglich der *égalité* verpflichtetes System zu einer geographischen Selektion führen kann.

Dem deutschen Teilnehmer am französischen Bildungsgeschehen mag erstaunlich anmuten, wenn Universitätsprofessoren der *Provinz-Universität de Nantes* ihren Wohnsitz im 450 km und zwei TGV-Stunden entfernten Paris behalten, um nicht den Kontakt mit dem Leben in der Zentrale zu verlieren; oder wenn *bacheliers* (Abiturienten) des schlecht reputierten 93er Departements der östlichen Pariser banlieue befürchten müssen, nicht zu einer *classe préparatoire*, einer *grande école* oder wenigstens zu einer "université dans Paris" zugelassen zu werden. Beide möchten den negativen Stigmata des "vivre en province" und des "vivre en banlieue est" entgehen. Die "comédie humaine" ist in Frankreich auch 150 Jahre nach Balzac noch eng mit dem positiven regionalen Etikett der Hauptstadt verbunden, der Gedanke des "monter à Paris" bestimmt auch heute noch Standortentscheidungen im Karriereverlauf vieler Franzosen.

Hinter solchen Phänomenen verbirgt sich ein staatsorganisatorisches Leitprinzip, dessen Entwicklung auf eine fast tausendjährige Geschichte zurückblicken kann und das sich heute auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Frankreich erstreckt. Dieser Zentralismus durchdringt in seiner Umsetzung das gesamte Staatsterritorium und hat sich in der Vergangenheit als effektives Mittel erwiesen, um aus einem Zusammenschluß unterschiedlicher Volksgruppen, wie er noch vor der französischen Revolution bestanden hatte, die heutige "grande nation" zu formen. In seiner Umsetzung wird das Zentralismusprinzip mit dem Prinzip der Chancengleichheit (*égalité*) verknüpft. Für die Raumgestaltung bedeutet dies eine Homogenisierung bei gleichzeitiger Funktionsverdichtung in der Hauptstadt. Den Dezentralisierungsmaßnahmen der 80er Jahre zum Trotz ist die Übermetropole Paris bis heute Konzentrationspunkt aller wichtigen Entscheidungsträger aus den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens in Frankreich (vgl. *Brücher 1987 und 1992*).

Auch die französische Hochschullandschaft ist von der deutlichen Dominanz des Standorts Paris geprägt. Insbesondere die *grandes écoles*, die prestigereichen Ausbildungsstätten von Eliten in den Bereichen Politik, Verwaltung und Wirtschaft konzentrieren sich in unmittelbarer Nähe der zukünftigen Arbeitsplätze ihrer Absolventen. An diesem Prinzip haben seit François I. alle französischen Herrscher von den Königen über die Revolutionsregierung und Napoléon bis zu den Präsidenten festgehalten. Die *grandes écoles* unterscheiden sich dadurch grundlegend von der Mehrzahl der europäischen Universitäten, die auf eine supranationale Tradition zurückblicken können und bis heute eine gewisse Unabhängigkeit von nationalpolitischen Interessen bewahrt haben.

1 Französische Prämissen

Auch die französische *universitas* hat an der mittelalterlichen *peregrinatio academica* teilgenommen und somit eine europäische Kindheit erlebt, bevor sie im 16. und 17. Jahrhundert zum Instrument des Machterhalts kleinerer Fürstentümer degradierte und in regionale und lokale Funktionen eingebunden wurde. Im Unterschied zu anderen europäischen Universitäten hat sie jedoch in der Neuzeit in einen Wettbewerb mit konkurrierenden Lehrinstitutionen treten müssen, der entscheidend zu ihrem Bedeutungsverlust beigetragen hat.

1.1 Bruch mit der europäischen Tradition

Der Niedergang der französischen Universitäten endete mit der Schließung der "facultés de théologie, de médecine, des arts et de droit [...] sur toute la surface de la République" (Brockliss 1986, S. 257) durch das Revolutionsregime im Jahre 1793. In den folgenden Jahrzehnten fehlte es zwar nicht an Vorschlägen für eine Reorganisation des höheren Bildungswesens, es mangelte jedoch an steuernden Kräften zur Durchsetzung solcher Maßnahmen. Erst Napoleon gelang es, auf dieser *tabula rasa* im Jahre 1808 das Bildungswesen neu zu ordnen. Sein Gebäude, die *Université impériale*, war eine öffentliche Körperschaft mit dem ausschließlichen Unterrichtsmonopol, an dessen Spitze der vom Kaiser ernannte *grand maître* stand. Dieses neue Bildungssystem bedeutete einen völligen Bruch mit den Universitätstraditionen, da die wiederhergestellten Fakultäten eines Ortes nicht zu universitären Körperschaften zusammengeschlossen wurden, sondern lediglich als gleichmäßig über den Staat verteilte Filialen eines riesigen Erziehungsapparats verstanden werden konnten. Gleichzeitig wurde das französische Territorium in regionale Verwaltungseinheiten aufgeteilt, die nur für das Erziehungswesen, die spätere *Éducation nationale*, relevant waren und bis heute sind.

Zwar wurden die sogenannten *universités régionales* im Jahre 1896 als Folge des verlorenen Krieges von 1871 formal wiederhergestellt, das Erbe eines zentralisierten Verwaltungsapparats hat sich aber bis heute in den Strukturen der *Éducation nationale* erhalten können.

1.2 Regionales Verwaltungssystem der *académies*

Napoleon hatte im Zuge der Neuorganisation des Bildungswesens das französische Staatsgebiet in 29 *académies* aufteilen lassen. Jede dieser Verwaltungseinheiten wurde in der Regel mit den damals üblichen vier Fakultäten ausgestattet, so daß die Versorgung der *bacheliers* mit höheren Bildungseinrichtungen auf der

Ebene der Akademiebezirke gewährleistet war. Die Anzahl dieser *académies* war in den folgenden Jahrhunderten durch äußere Grenzverschiebungen sowie Zusammenlegungen und Aufspaltungen einzelner Akademiebezirke immer wieder Schwankungen unterlegen. Vor allem die Pariser *académie* mußte aufgrund wachsender Schüler- und Studentenzahlen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mehrfach verkleinert werden, so daß sie heute nur noch das Pariser Departement umfaßt.

Verwaltungstechnisch steht jeder *académie* ein *recteur d'académie* vor, der von der Pariser Zentrale eingesetzt wird und die oberste Entscheidungsinstanz darstellt. Damit unterstehen alle Bildungseinrichtungen des Landes unmittelbar der Pariser Zentralverwaltung.

Daneben sind die Grenzverläufe von Akademiebezirken auch für die Entwicklung des Universitätsnetzes und die Mobilität der *bacheliers* von Bedeutung: einerseits konnte seit Wiederbegründung der *universités régionales* im Jahre 1896 jede *académie* nur einen einzigen Hochschulstandort mit höchstens vier Fakultäten beherbergen, andererseits stellten und stellen ihre Grenzverläufe gleichzeitig die studentischen Einzugsbereiche der *universités* dar, weil alle *universités* nur *bacheliers* aus ihrer eigenen *académie* aufnehmen müssen.

Den *universités* kommt damit schon früh die Aufgabe zu, alle studierwilligen *bacheliers* des eigenen Akademiebezirks weiter auszubilden, ohne dabei aktiv in einen überregionalen Wettbewerb um Studenten aus anderen Akademiebezirken treten zu können. Ihre Funktion ist vielmehr die Erhaltung der Chancengleichheit durch Sicherstellung der Massenausbildung im gesamten Territorium, während die Förderung der besten Absolventen des Landes den *grandes écoles* vorbehalten bleibt.

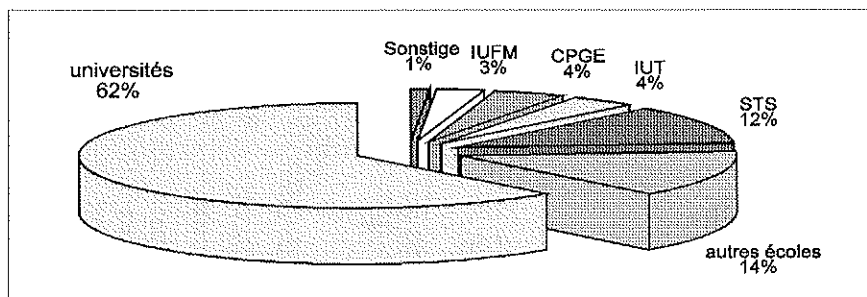
1.3 Verlust der Monopolstellung

Aufgrund dieser besonderen Rolle der *universités* innerhalb der französischen Hochschullandschaft können deutsche Universitäten und französische *universités* nicht gleichgesetzt werden. Denn im Gegensatz zu den deutschen Universitäten, die fast ein Monopol auf die höhere Lehre und Forschung ihres Landes besitzen und daher von französischer Seite auch als "établissement d'enseignement par excellence" (Friedberg/Musselin 1989, S. 39) bezeichnet werden, gibt es im französischen Hochschulsystem neben den *universités* und den ihnen angeschlossenen pädagogischen Hochschulen (IUFM - *instituts universitaires de formation des maîtres*) und technischen Institute (IUT - *instituts universitaires de technologie*) die genannten *grandes écoles*, die *écoles normales supérieures*, an denen Hochschullehrer und Forscher ausgebildet werden, sowie zahlreiche

technisch, wirtschaftlich oder juristisch ausgerichtete *écoles*; hinzu kommen die in die *lycées* integrierten, ein- bis zweijährigen Vorbereitungskurse für die *grandes écoles* (CPGE - *classes préparatoires aux grandes écoles*) und die technischen Ausbildungsgänge (STS - *sections de techniciens supérieurs*).

Rein quantitativ spielen die *universités* mit mehr als 60 % der Studenten die wichtigste Rolle in der französischen Hochschulausbildung. Gefolgt werden sie von den STS mit 11,9 %, den IUT mit 4,3%, den CPGE mit 3,7 % und den IUFM mit 3,3 %. Alle anderen Institutionen nehmen zusammen 15 % aller Studenten auf (vgl. Abb. 1). Aufgrund des breiten Fächerspektrums dieser *écoles* fallen einzelne Einrichtungen aber kaum ins Gewicht. Dennoch ist ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen, da auch sie ein höheres Prestige genießen als die *universités*.

Abb. 1: Verteilung der Studenten auf die verschiedenen Hochschultypen



Quelle: Repères & références statistiques 1994; eigene Darstellung.

Der Prestigeverlust der *universités* wird in der Regel mit der Bürde der *non-selectivité* erklärt, die ihnen aufgrund ihrer regionalen Versorgungsfunktion auferlegt und in allen jüngeren Hochschulgesetzen immer wieder bestätigt wurde. Dieses Prinzip besagt, daß keinem Franzosen, der im Besitz des *baccalauréat*, also des Abschlußzeugnisses des *lycée* ist, der Zugang zu einer staatlichen *université* verweigert werden darf. Der Staat muß gleichzeitig darauf achten, daß jede Akademie mit ausreichend Studienplätzen ausgestattet ist. Diese Prämissen haben auch die französische Hochschulpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg nachhaltig beeinflußt.

2 Die Nachkriegsjahrzehnte

Während die französischen *universités* sowohl hinsichtlich ihrer Statuten als auch hinsichtlich ihrer quantitativen Entwicklung zwischen der Wiedegründung im Jahre 1896 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine wesentlichen Veränderungen erfahren hatten, brachte die Nachkriegszeit in Frankreich wie auch in vielen anderen Ländern wichtige Transformationen mit sich. Die Demokratisierung der höheren Bildung im Zusammenhang mit dem Auftreten der geburtenstarken Jahrgänge machten vielerorts einen starken Hochschulausbau notwendig (vgl. Mayr 1979, S. 17).

Die Bildungsexpansion hatte in Frankreich besonders große Ausmaße, da der Bevölkerungsanstieg hier bedeutender war als in anderen westeuropäischen Staaten, wie beispielsweise der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Unterschied erklärt sich vor allem aus der Bevölkerungsstagnation in Frankreich bis zum Zweiten Weltkrieg, auf die nach Kriegsende ein verstärktes Wachstum folgte (vgl. Pletsch 1981, S. 30-36). Die geburtenstarken Jahrgänge drängten in den sechziger Jahren in die Hochschulen und machten dort eine Erweiterung der Kapazitäten erforderlich. Vor allem im offenen Hochschulsektor, also den staatlichen *universités* machte sich die Studentenschwemme deutlich bemerkbar. Die damit verbundenen Mißstände verlangten nach Reformen, die sowohl die Hochschulstatuten als auch die Kapazitäten betrafen.

2.1 Autonomie, Demokratie und Interdisziplinarität

Durch das *Loi d'orientation* vom 12. November 1968, das sogenannte "Loi Edgar Faure", erfuhren die französischen *universités* einschneidende Veränderungen. Das Gesetz verlieh ihnen den juristischen Status des EPCSC (*établissement public à caractère scientifique et culturel*) und beruhte im wesentlichen auf den drei Grundpfeilern Autonomie, Mitbestimmung aller Beteiligten und Interdisziplinarität (vgl. Minot 1991, S. 61 - 71).

Der gesetzlich verankerten Selbstbestimmung der EPCSC in Verwaltung, Forschung und Lehre folgte jedoch keine tatsächliche Kompetenz- oder Ressourcenverlagerung. Mit dem *conseil d'université*, in welchem alle Universitätsangehörigen vertreten waren, besaß jede *université* zwar fortan ein Selbstverwaltungsorgan und mit dem *président d'université* einen gewählten Leiter, durch die Kompetenzen der *Éducation nationale* und ihrer Vertreter auf Akademiebezirksebene, den *recteurs d'académie* sowie der *chanceliers*, der Vertreter des Erziehungsministers innerhalb der *universités*, waren ihren Handlungen aber wenig Freiräume überlassen. Die zentralistische Steuerung der *universités* vom

Pariser Sitz der *Éducation nationale* aus hatte über die Reform von 1968 hinaus Bestand (vgl. *Merlin 1980, S. 288 f* und *Imbert 1992, S. 18 - 22*).

Neben der inneruniversitären Demokratisierung ging es aber auch um die Demokratisierung in der Gesellschaft im Sinne des "Bürgerrechts auf Bildung". Den *universités* wurde per Gesetz auferlegt, jedem Studierwilligen einen Studienplatz bereitzustellen:

"Die Universitäten haben darauf hinzuwirken, [...] daß jeder, der dazu berufen und befähigt ist, Zugang zu ihnen erhält" (Art.1 des *Loi d'orientation* von 1968; nach *Wengler/Tittel, S. 1*).

Dem Staat kam damit der Auftrag zu, seinen Pflichten als Hochschulträger nachzukommen und der wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen mit einem entsprechenden Angebot entgegenzutreten.

2.2 Hochschulausbau

Infolge der durch Bevölkerungsexpansion und Demokratisierung der Bildungschancen entstandenen Bildungsexplosion nach dem Zweiten Weltkrieg hat man sich auch in Frankreich seit den sechziger Jahren intensiv mit dem Ausbau des Hochschulnetzes beschäftigt. Man tat sich dort jedoch anfänglich mit der Vermehrung der Universitätsstandorte etwas schwerer als in anderen Ländern, da man immer noch sehr stark der napoleonischen Tradition verhaftet war, nach der jede *académie* nur einen einzigen Hochschulstandort besitzen sollte.

Die Folgen dieses Zögerns waren in den Ballungsgebieten, allen voran in der Hauptstadt Paris verheerend. Erst als die Sorbonne bereits 150.000 Studenten zählte und selbst die stärksten Traditionalisten die Unregierbarkeit einer solchen Institution eingestehen mußten, wurden konkrete Maßnahmen zum Hochschulausbau in Angriff genommen. Sie umfaßten die Veränderung der Akademiezirkelsgrenzen, den Ausbau bestehender Hochschulstandorte und Universitätsneugründungen in Städten, die bis dato keine Hochschulstandorte gewesen waren.

2.3 *Déconcentration multiplié* und Universitätsneugründungen

Während der ersten Welle von Universitätsgründungen im Jahre 1970 gab es im Rahmen von *déconcentrations multipliés* in elf bereits bestehenden Universitätsstädten Standortmultiplikationen: Paris (13), Bordeaux, Grenoble, Toulouse, Lille, Montpellier, Strasbourg, Aix-Marseille, Lyon (je drei); Nancy und Rennes (je zwei); später folgte die *université* in Clermont-Ferrand (2). Gleichzeitig wurden

dreizehn Städte mit bestehenden Hochschuleinrichtungen zu Universitätsstädten erhoben.¹

Im Laufe der siebziger Jahre folgte die Gründung von sieben weiteren *universités* in Orten mit bestehender Hochschultradition². Daneben gab es auch Universitätsneugründungen in Städten, die bis dahin nicht mit staatlichen Hochschuleinrichtungen ausgestattet waren. Hierzu gehören vor allem die Mittelstädte der *grande couronne* um Paris, die lange Zeit durch die dominante Stellung der Hauptstadt und deren weitreichende Akademiebezirksgrenzen in ihrer Entwicklung gehemmt worden waren, sowie der Westen des Landes, dessen neu gegründete *académie* Nantes gleich mit drei neuen Hochschulstandorten (Nantes, Angers, Le Mans) ausgestattet wurde. Die südliche Landeshälfte war von einer flächendeckenden Verdichtung des Universitätsnetzes gekennzeichnet, die durch die Neugründung der *académies* Limoges und Nice unterstützt wurde (vgl. Abb. 2).

Der schnelle und wenig geplante Hochschulausbau war die spontane Antwort auf eine Notsituation, die sich schon Jahre vorher angekündigt hatte. Der Universitätsgründungsboom der frühen siebziger Jahre war nichts anderes als eine Reaktion des französischen Staates auf die ständig wachsende Studienplatznachfrage. Das Studienplatzangebot wurde da erweitert, wo die Kapazitäten nicht ausreichten. Raumplanerische Aspekte wie die städtische und wirtschaftliche Schrittmacherfunktion von Hochschulgründungen wurden in der Planung vernachlässigt, was sich anhand der räumlichen Marginalisierung dieser Hochschulen belegen läßt (vgl. Vassal 1989).

2.4 Räumliche Marginalisierung

Denn ähnlich dem Gründungsmotiv des akuten Studienplatzmangels, folgte auch die Wahl des Mikrostandorts rein funktionalen Kriterien: aus Platzmangel in den Innenstädten baute man die neuen Hochschulen als Campusuniversitäten an die Stadtränder. Dem schlechten Beispiel der *grands ensembles* folgend wurden sie als *grands ensembles universitaires* dort gebaut, wo ausreichend Flächen zur Verfügung standen. Zwar lagen in der räumlichen Konzentration von zentralen Arbeitsbereichen, den Expansionsmöglichkeiten, dem Platz für Sportanlagen und dem Freiwerden innerstädtischer Gebäude und Gelände gewiß Vorteile, die vor allem für die Interdisziplinarität von Nutzen waren, ihre periphere Lage und der

¹ Amiens, Pau, Limoges, Saint-Étienne, Metz, Nantes, Nice, Orléans, Tours, Reims, Brest, Rouen und Angers.

² Compiègne, Corte, Mulhouse, Le Mans, Valenciennes, Toulon, Perpignan, Chambéry.

daraus resultierende Mangel an "*osmose urbaine*" (Vassal 1969, S. 152 f.) führten jedoch zu einer Ghettoisierung und Ausgrenzung aus dem städtischen Leben. Für den im Hochschulrahmengesetz von 1968 geforderten Beitrag der Universitäten zur "sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung jeder Region" (Art. 1 des *Loi d'orientation* von 1968, nach Wengler/Tittel, S. 1) fehlten damit die erforderlichen Rahmenbedingungen. Auch die Vernetzung von neugegründeten und etablierten *universités* wurde nicht hergestellt, so daß erstere nicht in das bestehende Universitätsnetz eingebunden waren (vgl. Merlin 1980, S. 254).

2.5 Professionalisierung

Dem Aspekt der Verflechtung der *universités* mit ihrem räumlich-gesellschaftlichen Umfeld wird erst sechzehn Jahre später mit dem "Loi Savary" vom 26. Januar 1984 stärker Rechnung getragen. Dieses Rahmengesetz verlieh den *universités* den neuen Status der EPCSCP (*établissements publics à caractère scientifique, culturel et professionnel*), was ihren wirtschaftlichen Charakter betont. Den *universités* wurde damit die Möglichkeit eingeräumt, sich eigene finanzielle Ressourcen zu erschließen, die Trägerschaft blieb aber beim Staat, dem weiterhin die Aufgabe als

"garant des acquis du service public, garant du caractère national de l'enseignement supérieur face aux disparités multiples, et garant de l'orientation générale des enseignements contre une professionnalisation trop étroite" (*Ministère de l'Éducation nationale* 1991, S. 168).

zukam.

2.6 Ehrgeizige Bildungspolitik

Der Phase der Bildungsexpansion folgte in Deutschland in den achtziger Jahren eine Phase der Konsolidierung und Neuorientierung. Der deutsche Hochschul- ausbau wurde daraufhin eingeschränkt, während man in Frankreich unter Berufung auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des Landes im internationalen Wettbewerb versuchte, das Ausbildungsniveau der Bevölkerung mit Hilfe politischer Maßnahmen weiter zu heben. Gleich nach seiner Wiederwahl zum Staatspräsidenten im Jahre 1988 erklärte François Mitterrand die Bildungspolitik zur "grande cause nationale" (nach Zettelmeier 1992, S. 170) und schon ein Jahr später folgte ein neues Hochschulrahmengesetz, welches in seinem ersten Artikel der Bildungspolitik oberste Priorität einräumte:

"L'éducation est la première priorité nationale. Le service public de l'éducation est conçu et organisé en fonction des élèves et des étudiants. Il contribue à l'égalité des chances" (Art. 1 des *Loi d'orientation 1989*).

Offizielles Ziel war dabei, jedem studierwilligen *bachelier* einen Studienplatz anzubieten und regionale Disparitäten im Zugang zu Bildungseinrichtungen durch eine Homogenisierung des Bildungsangebots "sur tout le territoire national [...]" (nach Octor 1990, S. 21 und 24) auszugleichen.

Das Gesetz schrieb weiterhin das Ziel fest, welches schon Mitte der achtziger Jahre zum bildungspolitischen Leitthema geworden war, nämlich die politisch gesteuerte Anhebung der *bacheliers*-Quoten pro Jahrgang:

"La Nation se fixe comme objectif de conduire d'ici dix ans l'ensemble d'une classe d'âge au minimum au niveau de certificat d'aptitude professionnelle ou du brevet d'études professionnelles et 80% au niveau du baccalauréat." (Art. 3 des *Loi d'orientation 1989*).

Angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1988 lediglich 50% der Jugendlichen des entsprechenden Jahrgangs dieses Ziel erreichen konnten, ist der Sinn einer solchen Absichtserklärung auch in Frankreich sehr umstritten. Tatsächlich aber hat die absolute Anzahl der *bacheliers* zwischen 1987 und 1991 von 282.000 auf 420.000 um die Hälfte zugenommen (vgl. *Hérin/Jaffrès 1992, S. 61*), was unter den gegebenen gesetzlichen Prämissen erneut an die Verantwortung der *Éducation nationale* als Hochschulträger appelliert und nach einem zukunftssträchtigen staatlichen Bildungssystem verlangt.

3 Hochschulplanung der 90er Jahre

Der bald darauf angekündigte Hochschulausbau erfolgte unter neuen Prämissen. Anders als 20 Jahre zuvor ging es nun nicht mehr ausschließlich darum, einen entstandenen Studienplatzbedarf zu befriedigen und somit einer staatlichen Pflicht nachzukommen, sondern gleichzeitig auch den Aspekt der wirtschaftlichen Schrittmacherfunktion¹ von *universités* in die Planung einzubeziehen. Unter dem

¹ Schon Mayr (1979, S. 17) weist in seiner Untersuchung der deutschen Universitäten darauf hin, "daß Hochschulen, insbesondere Universitäten mit einem breit gestreuten Studienangebot, entscheidende Faktoren für die Entwicklung der Standortgemeinde und der ganzen Region sind".

Schlagwort *Université 2000* wurde eine neue Epoche der staatlichen Hochschulplanung eingeleitet, in welcher die Gebietskörperschaften stärker an der Bildungsplanung beteiligt wurden.

3.1 Regionalisierung

Die Ursache für die zunehmende *régionalisation* der *universités*, d.h. deren administrative Verflechtung mit den Regionen, war vor allem die wachsende finanzielle Belastung des Staates angesichts des bevorstehenden Hochschulausbaus. Bis zum Jahre 1990 hatte der Staat trotz eigener Einkünfte der *universités* 90 % der Kosten für diese getragen, was durch den Hochschulausbau mit einem Kostenanstieg von 15 Mrd. FF im Jahr 1989 auf 25 Mrd. FF im Jahr 1990 verbunden war (Minot 1991, S. 114). Da sich aber die Gebietskörperschaften von jedem neuen Hochschulstandort einen wirtschaftlichen und kulturellen Stimulus versprechen, haben Städte und Gemeinden eine Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung am Hochschulausbau signalisiert.

Im Rahmen von sogenannten *contrats de plan État-région* konnte jede Region einen eigenen Bildungsplan entwerfen, in dem sie Konzepte für die Gründungen neuer *universités*, den Ausbau bestehender *universités* und die Delokalisierung von Teilen bestehender *universités* in Form von sogenannten *antennes*, die in der Regel nur die *premiers cycles* umfassen, entwickelten. Daran gekoppelt waren Finanzierungspläne, in denen eine mögliche Eigenbeteiligung vorgeschlagen wurde.¹ Das starke Engagement der Gebietskörperschaften und deren Wettbewerb um Hochschulstandorte unterstreicht das entstandene Bewußtsein für die Doppelfunktion von Hochschulgründungen. Diese sollen nun nicht mehr vom Staat eingepflanzte Fremdkörper in den Gemeinden sein, die ausschließlich die wachsende Studienplatznachfrage befriedigen, sondern auf Wunsch und unter Beteiligung aller Gebietskörperschaften als kultureller und wirtschaftlicher Wachstumspol der Standortgemeinde und ihrer Region gebaut werden.

Aber auch für die laufenden Kosten der *universités* werden sich diese in Zukunft um den Ausbau ihrer eigenen Ressourcen (Einschreibengebühren, Spenden, Vermächtnisse und Kapitaleinnahmen, Zugaben der Gebietskörperschaften durch

¹ Die Höhe der vorgeschlagenen Gesamtinvestitionen variierte regional zwischen 74 Mio. FF im Limousin und über 530 Mio. FF im Nord-Pas-de-Calais und in der Ile-de-France. Der verlangte Anteil des Staates lag zwischen 17 % in der Ile-de-France und über 60 % im Nord-Pas-de-Calais und im Limousin. Die Regionen beteiligten sich zwischen 18 % (Basse-Normandie) und 83% in der Ile-de-France und die anderen Gebietskörperschaften mit bis zu 37 % am bestehenden Hochschulausbau (vgl. Ballon, 1989).

Verträge zwischen Staat und Regionen und Unternehmensbeiträge in Form einer *taxe d'apprentissage* und Gebühren für Weiterbildungsmaßnahmen) bemühen müssen.

3.2 Neues Autonomie-Konzept

Die Gegner dieser Regionalisierungstendenzen befürchten eine Verstärkung der regionalen Disparitäten im Bildungsverhalten zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Regionen sowie den Verlust der universitären Autonomie, da die räumliche Nähe zu Entscheidungsinstanzen und Geldgebern zu einer Gefährdung für die freie Wissenschaft führen könnte. Um diese Gefahr zu minimieren, hat man die Lösung des *multi-partenariat* betont, das die finanziellen Ressourcen der *universités* möglichst breit streut, um so nicht den Interessen eines einzelnen Partners ausgeliefert zu sein. Die Partner, die sich finanziell an den Hochschulkosten beteiligen, sind dabei der Staat in Form der *Education nationale*, die Gebietskörperschaften und die lokalen Unternehmen, welche nun einen verstärkten Einfluß auf die Forschungsziele nehmen könnten. Alle drei besitzen also Eigeninteressen, gegen die die *universités* ihre Unabhängigkeit durchsetzen müssen (vgl. *Comité national d'évaluation 1993, S. 130 f.*).

Durch ein geschicktes Management könnten diese Potentiale zu einer stärkeren Autonomie der einzelnen Institutionen genutzt werden. Dafür mangelt es den *universités* nach fast 200jähriger Fremdbestimmung durch die Zentralverwaltung derzeit jedoch noch an der notwendigen Erfahrung. Von verschiedener Seite wird daher die Notwendigkeit unterstrichen, die Leitung der *universités* mit einem betriebswirtschaftlich kompetenten Marketingteam zu flankieren. Dieses müßte in der Lage sein, den Ausbau aller finanziellen Ressourcen zu fördern, ohne in die Abhängigkeit von einem Partner zu geraten. Dem Staat käme dann lediglich die Funktion des Garanten für die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre zu (vgl. *Minot 1991, S. 115 f.*).

Trotz steigender betriebswirtschaftlicher Selbständigkeit werden es die französischen *universités* aber auch in Zukunft schwer haben, der Zentrale der *Éducation nationale* wesentliche Kompetenzen zu entziehen:

"face aux appétits de centralisation et d'égalitarisme qui imprègnent le système, la réalité de l'autonomie émerge dans la difficulté"
(*Toutlemonde 1992, S. 93*).

Denn letztendlich unterliegt es doch der Entscheidungsgewalt der Zentralverwaltung, die regionalen Schwerpunkte des Hochschulausbaus zu bestimmen. Diese sind auch in jüngster Zeit stark vom Egalitarismus und Zentralismus geprägt.

3.3 Université 2000

Die regionale Unausgewogenheit der *carte universitaire* und die damit verbundene Chancenungleichheit wurde zu einem zentralen Thema des 1991 unter Mitarbeit der Gebietskörperschaften erstellten Leitplans *Université 2000 : Schéma national de développement des universités*. Leitgedanke dieses Plans war die Verdichtung des *territoire universitaire*, vor allem durch den verstärkten Ausbau der IUT bis zum Jahre 1995 (vgl. Karte in Frémont 1992, S. 247), den Bau neuer *universités*¹ und eine begrenzte Verlagerung der *premiers cycles* in bildungspolitisch benachteiligte, periphere Gebiete.²

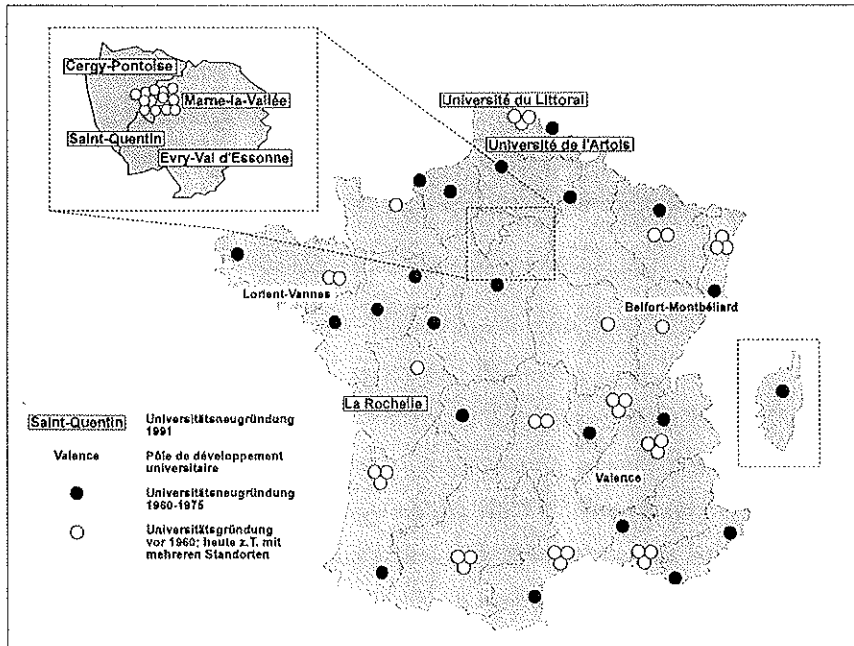
In den Städten, die sich als zukünftiger Universitätsstandort anbieten könnten, hat man sich zur Gründung von *pôles de développement universitaire* entschieden. In Belfort-Montbéliard, Lorient-Vannes und Valence wird es folglich eine administrative Zusammenfassung von Hochschuleinrichtungen mit der Möglichkeit einer späteren Universitätsgründung geben (vgl. Abb. 2).

Als Kernstück sieht das Programm die Neugründungen von sieben *universités* vor. Vier davon befinden sich in den *villes nouvelles* der Ile-de-France, wo sie ursprünglich als *antennes* von Pariser *universités* gegründet worden sind. Die drei weiteren *universités* befinden sich in den Akademien Lille (Université d'Artois und Université du Littoral) und Poitiers (Université de la Rochelle). Die Standortwahl beruht zum einen auf den hier erwarteten hohen studentischen Zuwachsraten, zum anderen unterstreicht sie regionale Schwerpunkte der Wirtschaftsplanung (vgl. Frémont 1992, S. 248-252). Bemerkenswert ist und bleibt jedoch der deutliche Förderungsschwerpunkt innerhalb der Ile-de-France, deren Bewertung einer genaueren Betrachtung der Entwicklung des *université*-Standorts Paris in bezug auf die Studentenzahlen bedarf.

¹ Da in den achtziger Jahren lediglich in Avignon und Le Havre, sowie in den französischen Überseegebieten neue *universités* gegründet worden waren, war der Bedarf an Studienplätzen vor allem in den traditionell schwächer entwickelten Regionen des Nordens und Westens, die nun die stärksten Zunahmen an *bacheliers* zu vermerken hatten (vgl. Hérin/Jaffrès 1992, S. 62 f.), sehr hoch.

² Die regionale Schrittmacherfunktion der *délocalisation des premiers cycles*, die nur schlecht mit Bibliotheken ausgestattet sind, wenig innovativ sein können und hohe Kosten verursachen, ohne dabei positive Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt zu haben, ist stark anzuzweifeln. Wegen der politischen Brisanz der offensichtlichen Unterentwicklung einzelner Gebiete im Hochschulbereich hat die *Éducation nationale* jedoch die Gründung dieser *antennes universitaires* unter bestimmten Bedingungen gestattet.

Abb 2: Universitätsneugründungen im Rahmen des Programms Universités 2000



Quelle: Frémont; Hérin; Joly. 1992;
eigene Darstellung.

4 Die *prépondérance* der Pariser universités

Ein wichtiges Kennzeichen des französischen Zentralismus ist die sogenannte *prépondérance parisienne*, die herausragende Bevölkerungskonzentration in der Ile-de-France, in der heute fast jeder fünfte Franzose (19,1 % der Bevölkerung) lebt; in Paris selbst sind es 3,8 % der Bevölkerung. Die Konzentration von Studenten in Paris ist traditionell aber noch wesentlich höher. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs beispielsweise waren fast 45 % aller französischen Studenten in einer der Hochschulen der *académie* Paris eingeschrieben und noch 1988 lag

ihre Zahl bei fast 30 %¹ für die drei *académies* der Ile-de-France².

4.1 Tendenziell abnehmende Bedeutung

Der Gewichtsverlust der *universités* der Ile-de-France zwischen 1950 und 1989 ist in seiner Entwicklung jedoch nicht geradlinig verlaufen. Vielmehr gab es nach einem deutlichen Bedeutungsrückgang der Pariser *universités* innerhalb der französischen Hochschullandschaft in den siebziger Jahren wieder deutliche Konzentrationstendenzen innerhalb der Ile-de-France.³ Diese Kehrtwende erklärt sich durch die Multiplikation der Hochschulstandorte in und um Paris. Denn die Aufspaltung der Sorbonne in dreizehn neue *universités* übertraf damals bei weitem die autochthone Studienplatznachfrage und verlieh dem Standort Paris eine neue Dynamik, da attraktive Universitäten immer auch eine bestimmte Studienplatznachfrage hervorrufen (vgl. Mayr 1979, S. 21).

Die Zentralisierung des Universitätssektors auf die Hauptstadt Paris hatte somit einen neuen, politisch gesteuerten Schub erhalten, der sich in der Zunahme der Studentenzahlen zwischen 1968 und 1978 um 77 % und mehr als 130.000 Studenten manifestierte. Erst die achtziger Jahre brachten wieder eine Dezentralisierung, die sich jedoch weniger in den großen und renommierten als vielmehr in den kleinen *académies* bemerkbar machte (vgl. Abb. 3).

Die daraus resultierende Verringerung regionaler Disparitäten der Bildungsbeteiligung im Hochschulsektor trägt folglich zu einer Homogenisierung der Bildungsbeteiligung, gleichzeitig aber auch zu einer relativen Stärkung der Hauptstadt bei. Denn schließlich ist es nicht die Gleichschaltung aller *académies* der Provinz, welche die *prépondérance* der Hauptstadt in Frage stellen könnte, sondern die Herausbildung großer regionaler Zentren mit spezialisierten Forschungszentren, die damit ein Gegengewicht und eine stärkere Eigendynamik entwickeln könnten.

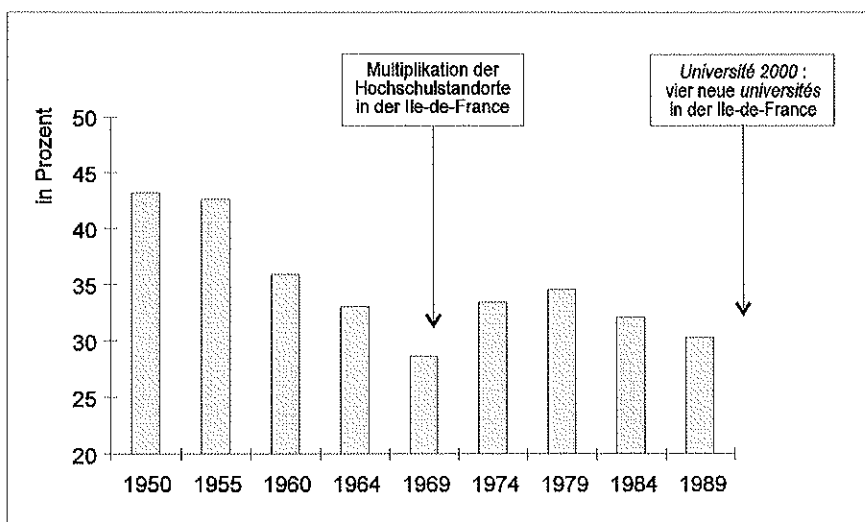
¹ Datenquelle: Annuaire statistique de la France.

² Die Pariser *académie* wurde seit den 60er Jahren von ursprünglich vierzehn auf die acht Départements der Ile-de-France und im Jahr 1972 auf das alleinige Département Paris reduziert. Die Ile-de-France besteht heute aus den drei Akademiebezirken Paris, Créteil und Versailles.

³ Bis 1969 werden diese mit der *académie Paris* gleichgesetzt, auch wenn ihre Grenzen nicht übereinstimmen. Ab 1974 beziehen sich die Zahlen auf die *académies* von Paris, Créteil und Versailles.

Auch die regionale Verteilung der Hochschulneugründungen des Jahres 1991 ist unter dem Aspekt der Zentralisierung zu beurteilen, da auch die vier neuen *universités* der Ile-de-France zu einer Stärkung des Bildungsstandorts Paris beitragen. Zwar ist der Anteil der drei *académies* der Ile-de-France an der Gesamtheit der französischen Studenten von 29,1 % (1988) auf 25,9 % (1993) weiter zurückgegangen, gleichzeitig haben sich aber innerhalb der Ile-de-France deutliche Verschiebungen vom Zentrum in die Peripherie ereignet: zwischen 1988 und 1993 haben die Studentenzahlen in Paris bei einer nationalen Zunahme um 19,6 % lediglich um 8,6 % (16.230 Studenten) zugenommen, während Créteil und Versailles Wachstumsraten von 44 % (19.488 Studenten) und 39,6 % (19.880 Studenten) haben.

Abb. 3: Der Anteil der Studenten der *universités* in der Ile-de-France an allen französischen Studenten zwischen 1950 und 1989



Quelle: *Annuaire statistique de la France*; eigene Berechnung und Darstellung.

Mit diesen jüngeren Entwicklungen zeichnet sich eine Tendenz ab, die auf eine qualitative Verbesserung des Hochschulstandorts Paris hindeutet. Denn mit steigendem Ausbildungsniveau der Bevölkerung, wie es durch die Hochschulpolitik der letzten Jahre erreicht wird, verlagern sich auch die Konzentrationsprozesse in Paris und der Ile-de-France auf ein höheres Qualifikationsniveau innerhalb der Studentenschaft der *universités*.

4.2 Steigende Konzentration mit steigender Qualifikation

Auf der Ausbildungsstufe der Schüler gibt es sowohl in Paris als auch in der Ile-de-France einen "Schülermangel" im Vergleich zur französischen Gesamtbevölkerung: besuchen im Landesdurchschnitt 21,7 % der Bevölkerung eine Schule, so sind es in der Ile-de-France nur 21,1% und in Paris sogar nur 17,3 %. Doch schon die Konzentration der *bacheliers* in der *académie* Paris übersteigt mit 5 % Abiturienten die allgemeine Bevölkerungskonzentration in der Hauptstadt (3,8 %).¹ Dieser Konzentrationsprozeß setzt sich im Hochschulbereich weiter fort: 15,9 % aller französischen Studenten studieren an den Pariser *universités* und 26,2 % an denen der Ile-de-France. Innerhalb der Universitätslaufbahn nehmen die Anteile mit steigendem Qualifikationsniveau noch weiter zu: 11,4 % der Studenten des *premier cycle* und 20,4 % des *deuxième* und *troisième cycle* studieren alleine in der Pariser Akademie. Zieht man die beiden Akademien Créteil und Versailles hinzu, so kommt man auf 21,7 % im ersten, und 30,6 % im zweiten und dritten Studienabschnitt, wobei diese Zunahme ausschließlich auf die *universités* innerhalb von Paris zurückzuführen ist. Bei den *classes préparatoires* liegt der Anteil bei 20,3 % für Paris und sogar 32,9 % für die Ile-de-France (Stand 1993).²

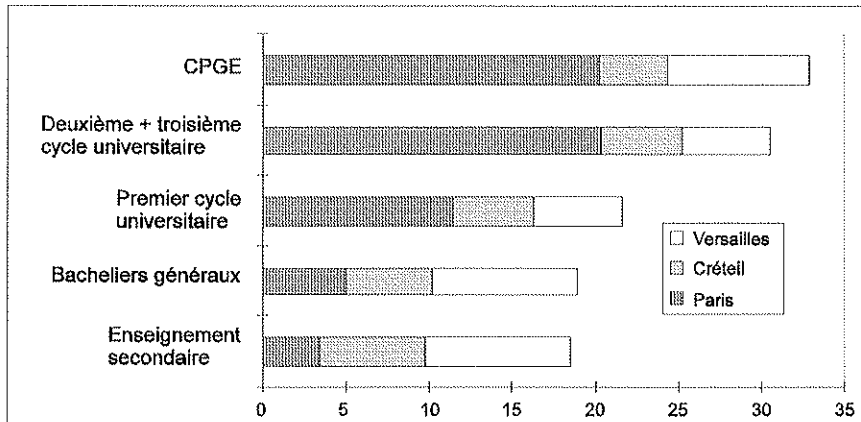
Interessant ist weiterhin, daß der Anteil der Studienanfänger an der Gesamtheit aller Studenten einer *académie* in Paris zwischen 1991 und 1993, also seit der Öffnung der neuen *universités*, von 15 % auf 14,2 % zurückgegangen ist, während er in Créteil und Versailles um 5,3 % bzw. 0,8 % zugenommen hat und jetzt mit 26,1 % und 23,3 % in beiden *académies* deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 21,9 % liegt. Damit zeichnet sich also in Paris ein Trend zu relativ weniger Studenten bei gleichzeitig höherem Qualifikationsniveau ab. Folglich sind auch stagnierende Studentenzahlen in der Pariser *académie* heute keinesfalls als Bedeutungs- oder Attraktivitätsverlust zu deuten, sondern erweisen sich im Gegenteil als attraktivitätssteigernd. Die Tatsache, daß die Pariser *universités* aus einem immer größer werdenden Pool von Bewerbern auswählen können, erweist sich insbesondere im nichtselektiven Hochschulsektor als Standortvorteil:

¹ Dies erklärt sich durch die außergewöhnlich hohe *baccalauréat*-Erfolgsquote an den Pariser *lycées*. Im Jahr 1993 erlangten im nationalen Durchschnitt 54,7 % eines Altersjahrgangs den französischen Sekundarschulabschluß, während es in Paris 71,6 % waren (Quelle: *Répères et références statistiques* 1994, S. 203).

² Alle Zahlen basieren auf den *Répères & Références statistiques* des Ministère de l'Éducation nationale (1994).

"Les meilleurs étudiants se dirigent vers les établissements et les formations où il y a sélection. C'est une donnée incontestable. Personne ne peut le nier. Tous les ans nos journaux se font l'écho du rush des bacheliers pour s'inscrire à Paris" (*Campus 1986, S. 61*)

Abb. 4: Die Anteile der académies Paris, Créteil und Versailles an den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen (Stand 1993)



Quelle: Repères et références statistiques, 1994;
eigene Berechnung und Darstellung.

Damit stellt sich die Frage nach der räumlichen Mobilität der französischen Studenten, die dem Grundsatz der *sectorisation* zufolge die Grenzen der eigenen Akademiebezirke nur in Ausnahmefällen überschreiten kann.

4.3 Sektoralisierung

Die *sectorisation* sieht vor, daß die *universités* vorrangig diejenigen *bacheliers* bei der Vergabe von Studienplätzen berücksichtigen, die ihren Sekundarschulabschluß im gleichen Akademiebezirk erworben haben:

"il faut parfois [...] résider dans la ville ou l'académie, et y avoir obtenu le bac" (*L'Étudiant 1995, S. 8*).

Dieses System kommt aber nur in denjenigen *universités* zum Tragen, in denen die Anzahl der Bewerber diejenige der zur Verfügung stehenden Studienplätze übersteigt, also vor allem in den Pariser *universités*. In der Veröffentlichung des Ministère de l'éducation nationale (1995) *Après le bac* lesen die angehenden Studienanfänger im Kapitel *Université - Préinscriptions et sectorisation* folgenden Hinweis:

"Attention à la sectorisation

La plupart des universités -en particulier les universités parisiennes- n'acceptent que des étudiants résidant dans leur secteur (sauf dérogation); d'autres n'acceptent que ceux qui viennent d'obtenir le bac dans l'académie." (S. 9)

Um die traditionell endlosen Schlangen vor den Türen der Pariser *universités* am Tag der Einschreibung zu vermeiden, hat man das System der *préinscriptions* (RAVEL) entwickelt, das den angehenden Abiturienten vorschreibt, sich via Minitel schon vor der eigentlichen Einschreibung in der Wunschuniversität vorzumerken. Diese Programme wurden in den *académies* eingerichtet, in denen die Bewerberzahlen erfahrungsgemäß das Studienplatzangebot übersteigen, und erfassen neben den *universités* auch die anderen Hochschuleinrichtungen:

"Que vous soyez candidats à l'université, aux IUT, aux sections de BTS, aux classes préparatoires aux grandes écoles, vous devrez vous brancher sur votre Minitel" (*L'Étudiant* 1995, S. 8).

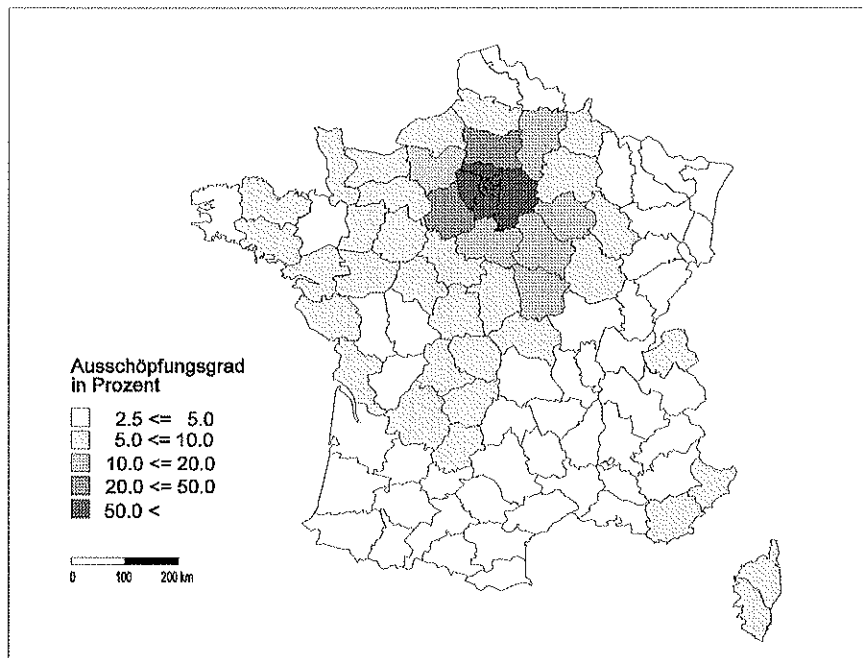
Traditionell wird die *sectorisation* in Frankreich dadurch umgangen, daß sich Familienmitglieder wenigstens auf dem Papier dazu bereiterklären, ihre auszubildenden Verwandten aufzunehmen, um auf diese Weise den Schülern bessere Ausbildungsmöglichkeiten einzuräumen (vgl. *Imbert* 1992, S. 17). Da die *universités* in der Ile-de-France mit ihrem Studienplatzangebot die autochthone Nachfrage bei weitem übersteigen, wachsen sie über ihre regionale Versorgungsfunktion hinaus und rekrutieren Studenten aus einem nationalen Einzugsgebiet.

4.4 *Universités régionales* mit nationalen Einzugsbereichen

Für die Darstellung der Einzugsbereiche von Universitäten haben sich die Ausschöpfungsgrade als eine sinnvolle Methode erwiesen (vgl. z.B. *Nutz* 1991, S. 48-51). Der Ausschöpfungsgrad drückt das Gewicht eines Universitätsstandorts in

einer gegebenen Gebietseinheit aus.¹ Auf der vorliegenden Karte wird dargestellt, wieviel Prozent aller Studenten aus einem beliebigen Departement an einer der *universités* der Ile-de-France studieren.

Abb. 5: Studentischer Einzugsbereich der université der Ile-de-France



Quelle: Ministère de l'Éducation nationale (1996), Sonderauswertung; eigene Darstellung.

Für die untersuchten *universités* zeigt sich dabei, daß das gesamte französische Staatsgebiet Ausschöpfungsgrade von über 2,5 % und immerhin die Hälfte aller Departements Ausschöpfungsgrade von 5 % bis 10 % aufweist. In sechzehn

¹ Der Ausschöpfungsgrad ist im vorliegenden Fall der Quotient aus der Anzahl der Studenten an den untersuchten Universitäten, deren Eltern ihren Hauptwohnsitz in einem bestimmten Departement haben, und der Gesamtheit aller Universitätsstudenten, deren elterlicher Wohnsitz sich in diesem Departement befindet.

Departements studiert mindestens jeder zehnte Student an einer *université* der Ile-de-France, wobei acht dieser Departements die Ile-de-France selbst bilden und demzufolge deutlich höhere Werte aufweisen. Vor allem die erhöhten Werte im äußersten Südosten des Landes verdeutlichen, daß sich die Anziehungskraft des Universitätsstandorts Paris auf das gesamte Staatsgebiet erstreckt. Offen bleibt jedoch die Frage nach den Gründen für eine solche Verteilung, die gleichzeitig die Frage nach den Auswahlkriterien eröffnet.

4.5 Geographische Selektion?

Da an den Pariser *universités* die Zahl der Bewerber die Studienplatzkapazitäten regelmäßig übersteigt, unterliegt es dem *recteur d'académie*, eine Selektion aufgrund der über Minitel in RAVEL eingegebenen Daten des Bewerbers vorzunehmen. Diese *préinscriptions* enthalten zwar Informationen über Name, Adresse, Alter, Abiturzweig und Schule des Bewerbers, über sein schulisches Leistungsprofil ist zum Zeitpunkt der Zulassung oder Ablehnung jedoch nichts bekannt. Zu Recht weisen Merlin/Schwarz (1994, S. 50 f.) darauf hin, daß die getroffene Auswahl lediglich aufgrund der beiden Kriterien Abiturzweig und geographische Herkunft erfolgen kann. Dabei kommen vermutlich vor allem das Prestige der besuchten Schule und regionale Stigmata des Herkunftsgebietes zum Tragen. Die sorgenvollen Äußerungen der angehenden *bacheliers* aus dem *département* 93 der schlecht reputierten östlichen *banlieue de Paris* hinsichtlich ihrer Zulassungschancen an einer renommierten *université* "dans Paris" bestätigen diese Vermutungen. Eine abschließende Antwort auf die Frage nach den Selektionskriterien einzelner *universités* liefern sie jedoch nicht.

Aber allein die Tatsache, daß es innerhalb des sogenannten nichtselektiven französischen Hochschulsektors, wie ihn die *universités* laut Gesetz verkörpern, einzelne Standorte gibt, die aufgrund ihrer herausragenden Attraktivität aus einer größeren Anzahl von Bewerbern auswählen können, hebt diese aus der Masse der *universités* heraus. Das System RAVEL ermöglicht heute den Pariser *universités* zwar nicht die Auswahl der "besten" *bacheliers*, wohl aber derjenigen aus den besten Schulen und Gemeinden. Das Prinzip der Chancengleichheit stößt damit in der praktischen Umsetzung wieder einmal an seine Grenzen.

Diese Sonderrolle des Universitätsstandorts Paris ist das Resultat einer zentralistischen Hochschulpolitik, wie sie sich seit der Begründung der napoleonischen *Université impériale* im offenen Hochschulsektor manifestiert und in den jüngeren Hochschulreformen fortgesetzt hat. Zwar hat man den einzelnen *universités* immer mehr Selbstbestimmung zugestanden, gleichzeitig aber an Verwaltungsstrukturen festgehalten, die deren individuelle Entfaltung verhindern.

Auch das jüngste Programm *Université 2000* hat seinen Schwerpunkt in der Ile-de-France. Dabei macht man sich zum einen die regionale Schrittmacherfunktion von Universitätsgründungen für die *villes nouvelles* um die Hauptstadt herum zunutze und entlastet gleichzeitig die Pariser *universités*. Für diese plant man in der Zukunft weitere Investitionen, deren Ziele die Öffnung zur Stadt sowie eine Neustrukturierung der zahlreichen Universitätsgebäude und ein modernes Universitätsviertel im Bereich der neuen *Bibliothèque de la France* sind.

Durch diese qualitative Verbesserung des Universitätsstandorts Paris wird sich die ohnehin schon vorhandene Selektion an den Pariser *universités* weiter verstärken, so daß sie auch in Zukunft ihre nationale Vorreiterrolle im sogenannten nicht-selektiven Hochschulsektor weiter ausbauen werden und vielleicht eines Tages als "grandes universités" in den allgemeinen Sprachgebrauch eingehen.

Im Hinblick auf ein Europa der Regionen stellt sich jedoch die Frage nach der Zukunft der *universités en province*, die aufgrund der strukturellen Bedingungen schlechte Voraussetzungen für eine Profilbildung mitbringen. Zwar spricht man im Zusammenhang mit der *Université 2000* von *pôles européens*, im Schatten der Pariser Bildungsmetropole, fernab von zentralen Entscheidungsinstanzen werden sich diese aber nur unter Schwierigkeiten entwickeln können.

Literaturverzeichnis

Ballon, M. (1989): L'enseignement supérieur dans les contrats de plans Etat-régions. Congrès de la DATAR : Régions et formation. Marseille 7./8. déc.

Brockliss, L.W. (1986): Le contenu de l'enseignement et la diffusion des idées nouvelles. In: Verger, J. (Hg.) (1986): Histoire des Universités en France. Toulouse. S.199-260.

Brücher, E. (1987): Frankreich - Dezentralisierung oder Persistenz des Zentralismus. In: Geographische Rundschau 39 (12), S. 668-675.

Brücher, W. (1992): Zentralismus und Raum - Das Beispiel Frankreich. Stuttgart.

Campus, P. (1986): Reconstruire l'université. Paris.

Comité national d'évaluation des établissements publics à caractère scientifique, culturel et professionnel (Hg.) (1991): Universités, les chances de l'ouverture : Rapport au Président de la République. Paris.

- (1993): Rapport au Président de la République. Paris.

Ewert, P.; Lullies, St. (1985): Das Hochschulwesen in Frankreich : Geschichte, Strukturen und gegenwärtige Probleme im Vergleich (= Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung 12). München.

Frémont, A. (1992): Le schéma „Université 2000“ : L’avenir. In: Frémont, A. et al. (Hg.) (1992): Atlas de la France universitaire. Paris. S.235-270.

Frémont, A.; Hérin, R.; Joly, J. (1992): Atlas de la France universitaire. Paris.

Friedberg, E.; Musselin, C. (1989): En quête d’universités : Étude comparée des universités en France et en RFA. Paris.

Hérin, R.; Jaffrés, R. (1992): La démographie : L’explosion récente. In: Frémont, A. et al. (Hg.) (1992): Atlas de la France universitaire. Paris. S.59-84.

Imbert, J. (1992): L’administration de l’Éducation nationale (historique). In: Institut Français des Sciences Administratives (Hg.): L’administration de l’Éducation nationale. Paris. S.9-23.

L’Étudiant (1995): Annuaire national des universités. Paris.

Mayr, A. (1979): Universität und Stadt: Ein stadt-, wirtschafts- und sozialgeographischer Vergleich alter und neuer Hochschulstandorte in der Bundesrepublik Deutschland. (= Münstersche Geographische Arbeiten 1). Paderborn.

Merlin, P. (1980): L’université assassinée. Vincennes: 1968-1980. Paris.

Merlin, P.; Schwartz, L. (1994): Pour la qualité de l’université française. Paris.

Ministère de l’Éducation Nationale (1991): Universités 2000. Quelle Université pour demain? Paris.

- (1995): Après le bac : Réussir ses études. Paris.

Minot, J. (1991): Histoire des universités françaises. Paris.

Nutz, M. (1991): Räumliche Mobilität der Studierenden und Struktur des Hochschulwesens in der Bundesrepublik Deutschland : Eine Analyse des Entscheidungsverhaltens bei der Studienortwahl und der Einzugsgebiete der Universitäten. (= Kölner Geographische Arbeiten 54). Köln.

Octor, R. (1990): La législation du système éducatif français. Paris.

Pletsch, A. (1981): Frankreich. 2. Aufl. Stuttgart.

Toulemonde, B. (1992): L'autonomie des établissements scolaires et universitaires. In: Institut Français des Sciences Administratives (Hg.): L'administration de l'Éducation nationale. Paris. S.85-94.

Vassal, S. (1969): Les nouveaux ensembles universitaires français. Éléments de géographie urbaine. In: Annales de Géographie 78, 131-157.

- (1989): Recherches sur la géographie des ensembles universitaires en Europe occidentale: France, République fédérale allemande, Royaume-Uni, problématique d'un système spatial. Thèse Géogr. aménage. Paris 1: 1986. Lille.

Wengler, W.; Tittel, J. (o.J.): Die Hochschulgesetze der Welt. 2 Bde. Berlin.

Zettelmeier, W. (1992): Hochschulentwicklung und Hochschulpolitik in Frankreich seit 1988. In: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1992. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. Opladen. S. 169-184.

Verzeichnis der benutzten Datenquellen

Insee (Hg.) (1897-1989): Annuaire statistique de la France.

Ministère de l'Éducation Nationale (1988-1994): Repères et références statistiques.

- (1994): Tableaux statistiques 6294 : Statistiques des étudiants inscrits dans les établissements universitaires. Enquête détaillée par fiches individuelles. Année universitaire 1993/94.

- (1995): Sonderauswertung für die Herkunftsdepartements der Studenten an den Universitäten der Ile-de-France im Studienjahr 1993/94.

Anschrift des Verfassers:

Holger Jahnke
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Geographisches Institut
Abtl. Wirtschafts- und Sozialgeographie, Computerkartographie, GIS
Im Neuenheimer Feld 348

69129 Heidelberg